

Fragen

für die Fragestunde der 189. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. September 2016

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 34	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	19, 20	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 31
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	18
Groth, Annette (DIE LINKE.)	24, 25	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	41, 42
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	22	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 40
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	29, 30	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 37
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Schmitt, Ronja (CDU/CSU)	35, 36
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	6, 16	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 21
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	23, 26	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	32, 33
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8		
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Christian Kühn
(Tübingen)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann legt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit einen Gesetzentwurf zum Baugesetzbuch vor, der die Privilegierung von großen Tiermastanlagen im Außenbereich von Städten und Gemeinden eindämmt?

2. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie will die Bundesregierung mit ihren Vorstellungen zum Entwurf des Klimaschutzplanes 2050 mit einem zulässigen Stickstoffüberschuss von zukünftig 80 kg Stickstoff pro Hektar und Jahr sicherstellen, dass zukünftig der Grenzwert von 50 mg Nitrat pro Liter Grundwasser und die EU-Nitratrichtlinie (Richtlinie 91/676/EWG) eingehalten werden und Deutschland nicht vom Europäischen Gerichtshof dazu gezwungen wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

3. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Position vertrat die Bundesregierung zu dem auf dem informellen Treffen der Entwicklungsminister diskutierten Vorschlag der Europäischen Kommission, Gelder aus dem europäischen Instrument für Stabilität und Frieden (ISP) in Zukunft auch für militärische Zwecke zu verwenden (bitte begründen), und inwieweit sind diese Überlegungen mit Artikel 42 Absatz 1 des Lissabon-Vertrags in Einklang zu bringen, der explizit festschreibt, dass „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ nicht mit Mitteln aus dem EU-Haushalt finanzierbar sind?

4. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welchen europäischen und nordafrikanischen Partnern ist die Forderung von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller nach der Wiederbelebung der Mittelmeerunion (www.zeit.de/news/2016-09/12/deutschland-entwicklungsminister-mueller-will-mittelmeerunion-der-eu-wiederbeleben-12145203) abgestimmt, und wie

soll eine derartige Initiative nach den Vorstellungen des Bundesministers mit den anderen außenpolitischen Instrumenten der Europäischen Union, wie den EU-Kooperationspartnerschaften und der Europäischen Nachbarschaftspolitik, verzahnt werden?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Auskünfte gibt die Bundesregierung über die Gesamtkosten der durch den Bund der Steuerzahler in dessen letztem „Schwarzbuch“ generell gerügten (www.schwarzbuch.de/content/oans-zwoadrei-gsuffa-schlapphute-auf-dem-oktoberfest) geplanten Veranstaltungen des Bundesnachrichtendienstes (BND) anlässlich des Oktoberfests 2016 (v. a. für Bewirtung, Fahrgeschäfte, Betreuung, Beherbergung und Transport, einschließlich der Kosten der teilnehmenden anderen Geheimdienste, differenziert nach Mitarbeitern des BND und anderer Nachrichtendienste), und wie rechtfertigt die Bundesregierung ggf. eine Geheimhaltung der Antwort als Verschlussache wegen „nachteiliger Auswirkungen auf die Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ (wie im Fall meiner Mündlichen Fragen 24 bzw. 42 in den Plenarprotokollen 18/111 bzw. 18/114 sowie der Schriftlichen Fragen 1 auf Bundestagsdrucksache 18/6521 und 4 auf Bundestagsdrucksache 18/6603), da hier nur Zahlen statt einer Datierung einzelner Veranstaltungen erfragt werden?
6. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Inwiefern hält die Bundesregierung auch in diesem Jahr an ihrer Praxis fest, ausländische Geheimdienste zur „Pflege partnerschaftlicher Beziehungen“ zum Sommerfest des BND-Präsidenten, zum Münchner Oktoberfest und zum Neujahrsempfang einzuladen (vgl. Plenarprotokolle 18/111 und 18/114 sowie Bundestagsdrucksache 18/6521; bitte die eingeladenen Dienste und die verausgabten Mittel aufzuführen), und welche dieser Dienste folgten oder folgen der jeweiligen Einladung im Jahr 2016?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

7. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Jeweils wann genau (Kalenderdatum bitte) gab es seit der Antwort der Bundesregierung vom 6. Juli 2016 auf meine Mündliche Frage 54, Plenarprotokoll 18/182 Gespräche der Bundesregierung – insbesondere seitens des Bundeskanzleramtes, Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Bundesministeriums der Finanzen – mit Vertretern der Atomkraftwerke betreibenden Energieversorgungsunternehmen im Zusammenhang mit einer Umsetzung der Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“ vom 27. April 2016 (bitte mit vollständiger Angabe aller jeweiligen Gesprächsparteien analog zur o. g. Antwort der Bundesregierung, Plenarprotokoll 18/182, Anlage 42; zu den KFK-Empfehlungen vgl. BMWi-Webseite), und über welche dieser Gespräche wurde ein Vermerk oder Ähnliches erstellt?
8. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Jeweils wann genau (Kalenderdatum bitte) seit dem 27. April 2016 gab bzw. gibt es Sitzungen des Staatssekretärsausschusses Kernenergie im Zusammenhang mit einer Umsetzung der Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“ vom 27. April 2016 (bitte vollständige Angabe inklusive des nächsten anberaumten Termins), und welche Haltung hat die Bundesregierung hinsichtlich der Forderung der Energiekonzerne E.On, RWE, Vattenfall und EnBW nach einem „Atomvertrag“ zwischen ihnen und der Bundesregierung zusätzlich zu einer gesetzlichen Umsetzung der KFK-Empfehlungen (vgl. Online-Meldung der WirtschaftsWoche „E.On, RWE, Vattenfall und EnBW fordern einen neuen Atomvertrag“ vom 26. August 2016; die Frage zielt nicht auf einzelne Aspekte ab, die ggf. vertraglich geregelt werden müssen – beispielsweise hinsichtlich der Zwischenlagerzuständigkeiten –, sondern auf einen übergeordneten Vertrag im Sinne der Berichterstattung)?

9. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkrete Position hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bezüglich der Pläne der EU zur Abschaffung der Roaminggebühren innerhalb der Europäischen Union vertreten, und was hat die Bundesregierung unternommen, als die EU-Kommission, die ursprünglich eine vollständige Abschaffung der Gebühren bis Mitte 2017 vorgesehen hatte, Anfang September 2016 überraschend das Gebührenverbot auf 90 Tage begrenzen wollte und nach der Kritik von Verbraucherschützern ihre Pläne nun wieder rückgängig machen will?
10. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist bereits der Mittelabfluss innerhalb dieses Jahres für das KfW-Programm Erneuerbare Energien „Speicher“ (bitte unter Angabe der bewilligten Gesamtsumme und der gestellten und letztlich bewilligten Anträge, und gibt es Gespräche zwischen der Bundesregierung und der KfW, das Programm durch die Umschichtung anderer Titel weiter in diesem Jahr zu fördern (falls ja, bitte begründen)?
11. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die KfW (u. a. IPEX) in diesem Jahr Gespräche über die Finanzierung von Kohleinfrastrukturprojekten mit anderen Nationen bzw. Unternehmen geführt hat, und falls ja, um welche Gespräche handelt es sich dabei (bitte auflisten nach Teilnehmer, Datum, Verfahrensstand)?
12. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie würden sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Marktanteile der Bayer AG durch eine Fusion mit dem Unternehmen Monsanto jeweils im Saatgut-, Pestizid- und Dünger-Bereich und aufgeschlüsselt für Deutschland, die EU sowie global verändern, und wie bewertet die Bundesregierung dies?
13. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung grundsätzlich die Wettbewerbssituation bei Saatgut, Pestiziden und Dünger in Deutschland, der EU und global, und wie begründet die Bundesregierung diese Bewertung?

14. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der von Bayer- und Monsanto-Vertretern behaupteten Komplementarität der Geschäftsfelder (Saatgut, Pflanzenschutzmittel, GVO) der beiden Konzerne vor dem Hintergrund, dass für die wettbewerbsrechtliche Bewertung bzw. Genehmigung der geplanten Fusion von Bayer und Monsanto die Überschneidung in wesentlichen Markt Bereichen einen zentralen Punkt darstellt, und inwieweit wird die Bundesregierung eigene Beiträge zur Überprüfung dieser Frage leisten?
15. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen der geplanten Fusion erwartet die Bundesregierung für die Saatgutvielfalt sowie die Saatgutpreise in der EU, und inwieweit sieht die Bundesregierung angesichts der steigenden Marktkonzentration bei Saatgut (www.publiceye.ch/de/themen-hintergruende/landwirtschaftbiodiversitaet/saatgut/marktkonzentration-auf-dem-saatgutmarkt/) die Notwendigkeit einer nationalen Züchtungsstrategie, wie sie in der Schweiz existiert?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

16. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, gegenüber welchen Schiffen der EU-Missionen EUNAVFOR MED oder TRITON das italienische Maritime Rescue Coordination Centre in Rom für die Rettung von Geflüchteten in internationalen Gewässern vor Libyen weisungsbefugt ist, und nach welchen Verfahren oder Anweisungen wird von den Schiffen der Missionen EUNAVFOR MED oder TRITON (oder auch dem Operational Head Quarter) entschieden, ob und wie sie die Schiffe für angeforderte Rettungseinsätze zur Verfügung stellen?
17. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung Schritte unternommen, um die im Iran inhaftierte und kürzlich zu fünf Jahren Haft verurteilte Nazanin Zaghari-Ratcliffe (www.independent.co.uk/news/world/middle-east/nazanin-zaghari-ratcliffe-british-iranian-woman-jailed-for-five-years-on-secret-charges-in-iran-a7234746.html) und die seit über

100 Tagen inhaftierte Dr. Homa Hoodfar (www.thestar.com/news/world/2016/09/13/hard-line-iranian-judge-dismisses-lawyer-of-canadian-prisoner-homa-hoodfar.html) angesichts des Ausschlusses ihres Rechtsanwalts in ihren laufenden Prozessen zu unterstützen, und inwiefern hat sie diese Fälle in ihren Gesprächen mit der iranischen Regierung thematisiert?

18. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Über welchen Zeitraum sollen nach Kenntnis der Bundesregierung Mittel in Höhe zwischen 44 und 88 Milliarden Euro für einen von der EU-Kommission geplanten Investitionsfonds für Afrika fließen (bitte geplante Projekte und Höhe der betreffenden Summen auflisten), und in welcher Höhe plant die Bundesregierung, sich an diesem Fonds zu beteiligen (siehe AFP-Meldung vom 14. September 2016, „EU-Kommission will Milliardenfonds für Investitionen in Afrika“)?
19. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Erkenntnisse (auch nachrichtendienstliche) über Beziehungen zwischen der HAMAS und der Milli-Görüs-Bewegung außerhalb Deutschlands, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche) über die Zusammenarbeit zwischen der Milli-Görüs-Bewegung und der AKP (bitte sowohl bezogen auf Deutschland und die Türkei ausführen)?
20. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trägt die Bundesregierung die mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommene Resolution des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 2016 zu Armenien (Bundestagsdrucksache 18/8613) mit, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die an sie in der Resolution enthaltenen Forderungen umzusetzen?

21. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verbindlich ist für die Bundesregierung der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 2016 zum Antrag zum Völkermord an den Armeniern (Bundestagsdrucksache 18/8613 vom 31. Mai 2016), der mit einer Mehrheit von über 99 Prozent der Stimmen der Abgeordneten aus allen Fraktionen, darunter mehrere Mitglieder der Bundesregierung, verabschiedet worden ist, insbesondere auch hinsichtlich der neun darin enthaltenen Forderungen des Parlaments an die Regierung, und welche Bemühungen hat die Bundesregierung inzwischen unternommen, um diese neun Forderungen des Deutschen Bundestages – bitte jeweils aufschlüsseln zu den einzelnen Forderungen – zu erfüllen?
22. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche gemeinsamen Werte teilt die Bundesregierung mit der Nachfolgeregierung von Präsident Michel Temer in Brasilien, und wie geht sie mit der Tatsache um, dass derzeit innerhalb des südamerikanischen Wirtschaftsbündnisses Mercosur Uneinigkeit besteht hinsichtlich der Ausübung des turnusmäßigen Vorsitzes durch Venezuela (www.clarin.com/mundo/Mercosur-presidencia-colegiada-canciller-Brasil_0_1632436835.html)?
23. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist nach Kenntnis der Bundesregierung der in dem „taz“-Artikel vom 14. September 2016, „Lebensabend: ruiniert“ geschilderte Verfahrensablauf zutreffend, insbesondere was die Kritik an der mangelhaften Übersetzung bei erfolgten Vernehmungen (mithilfe von „Google-Translate“), den fehlenden Nachweis einer wiederholten Fluchthilfe und die nur 20-minütige Gerichtsverhandlung anbelangt (bei Abweichungen vom geschilderten Verlauf bitte den Sachverhalt aus dem Kenntnisstand der Bundesregierung heraus darstellen), und inwiefern setzt sich die Bundesregierung für die sofortige Haftentlassung des Betroffenen ein, unter dem Aspekt, dass die Verurteilung wegen Einschleusung von Ausländern nach Griechenland zu 16,5 Jahren Haft zum einen gemessen an deutschem Recht und der hiesigen Rechtsprechung, aber auch nach allgemeinen rechtsstaatlichen Grundsätzen nach meiner Auffassung völlig unverhältnismäßig erscheint und zum anderen gewichtige Gründe (fortgeschrittenes Alter des Betroffenen, keine Möglichkeit der

Kommunikation im Gefängnis aufgrund von Sprachbarrieren, keine Terminanberaumung zur Revision des Verfahrens) nach meiner Auffassung für eine vorzeitige Entlassung aus humanitären Gründen nach der bereits zweijährigen Haft sprechen (bitte ausführen und begründen)?

24. Abgeordnete
Annette Groth
(DIE LINKE.)

Wie hat sich die Bundesregierung bislang für den in Griechenland inhaftierten deutschen Staatsbürger B. K. hinsichtlich einer Terminierung seines Berufungsverfahrens eingesetzt (www.taz.de/16-Jahre-Haft-wegen-Schlepperei/!5336068/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

25. Abgeordnete
Annette Groth
(DIE LINKE.)

Welche Produkte bzw. Hersteller sind dem Bundesinnenministerium bekannt, mit deren Hilfe „Privatpersonen die Möglichkeit [haben], jemanden zu fotografieren und mit einer Gesichtserkennungssoftware im Internet herauszufinden, ob es sich um einen Prominenten oder einen Politiker handelt, den man gerade gesehen hat“, wie es der Bundesminister des Innern in seiner Begründung für die Notwendigkeit von Funktionen zur Gesichtserkennung in der Videoüberwachung erklärt hat (DIE WELT vom 21. August 2016), und wann soll die vom Bundesminister des Innern angekündigte gemeinsame Projektgruppe der Deutschen Bahn AG, der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes ihre Ergebnisse vorlegen, in denen Ziele, Verfahren und Örtlichkeiten für Tests ebensolcher „neueste[r] Videoanalyse-systeme“ definiert werden sollen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 18/9512 des Abgeordneten Andrej Hunko)?

26. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Einschätzungen oder Erkenntnisse haben die angekündigten Bemühungen (vgl. DIE-WELT-Artikel vom 11. September 2016, „Flüchtlinge machen Urlaub, wo sie angeblich verfolgt werden“) der Bundesagentur für Arbeit (BA) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

erbracht, inwiefern arbeitslos gemeldete Flüchtlinge für kurze Zeit in Länder wie Syrien, Afghanistan oder den Libanon reisen (bitte jeweils ausführen und quantifizieren, soweit möglich), um dort tatsächlich „Urlaub“ zu machen, oder vielmehr aus nachvollziehbaren, dringlichen Gründen dorthin fahren (wie zum Beispiel schwere Erkrankungen oder der Tod von Angehörigen, Besuch von Verwandten oder die Beschaffung notwendiger Dokumente), und inwiefern ist ein diesbezüglicher Datenaustausch zwischen der BA und dem BAMF datenschutzrechtlich überhaupt zulässig?

27. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte Düsseldorf, Meiningen, Regensburg, Schleswig und Trier (s. www.asyl.net/startseite/nachrichten/artikel/56144.html), wonach nach Syrien Zurückkehrende grundsätzlich von Verfolgung durch das syrische Regime bedroht sind und ihnen daher die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen ist, und welche Maßnahmen wird sie ggf. ergreifen, um zu gewährleisten, dass syrischen Asylsuchenden die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wird, ohne dass sie gegen einen ablehnenden Bescheid des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge klagen müssen?

28. Abgeordnete
Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern hat die Bundesregierung infolge der Terroranschläge von Ansbach und Würzburg beziehungsweise der Amoktat von München einen möglichen Bedarf festgestellt, chemische, biologische, radiologische oder nukleare Abwehrfähigkeiten (CBRN-Fähigkeiten) der Bundeswehr im Inland zum Einsatz zu bringen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

29. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Einnahmen des WM-Organisationskomitees aus Verträgen mit den sechs nationalen Förderern (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. September 2016), und warum sind diese Einnahmen sowie die daraus getätigten Ausgaben nicht im Fußball-WM-2006-Abschlussbericht der Bundesregierung (herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, November 2006) enthalten?
30. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass der Chef des Organisationskomitees für die Fußball-WM 2006, Franz Beckenbauer, vom Deutschen Fußballbund (DFB) für sein „Ehrenamt“ 5,5 Millionen Euro Honorar erhalten hat (siehe SPIEGEL ONLINE vom 13. September 2016), und in welcher Weise ist die Bundesregierung seit der Steuerprüfung beim DFB im Jahr 2010 hinsichtlich eines möglichen Steuerbetrugs aktiv geworden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

31. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz seine Ankündigung (vgl. Plenarrede des Abgeordneten Dirk Wiese, SPD vom 5. November 2015, Plenarprotokoll 18/133, S. 12955 (A)) in die Tat umsetzen, Eckpunkte für ein Musterfeststellungsverfahren vorzustellen, um Verbraucherinnen und Verbrauchern die gemeinsame Rechtsdurchsetzung zu erleichtern, und was waren bislang die Schwierigkeiten bei der Erarbeitung dieses Entwurfes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

32. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Bedingungen müssen nach Ansicht der Bundesregierung erfüllt sein, damit das Wunsch- und Wahlrecht in Bezug auf freie Wahl von Wohnort und Wohnform in Deutschland auch für Menschen mit Behinderungen realisiert wird, und wie definiert die Bundesregierung den Progressionsvorbehalt in der UN-Behindertenrechtskonvention?
33. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung hinsichtlich der Kritik von Selbstvertretungsorganisationen, dass Menschen mit Behinderungen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen erhalten, keinen Anspruch auf Eingliederungshilfe haben und somit von einer gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind?
34. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält es die Bundesregierung für vereinbar mit den Vorgaben von Artikel 19 Absatz 2 und 25 Absatz 1 der Aufnahmerichtlinie, Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) medizinische und sonstige Hilfe lediglich in dem von den §§ 4 und 6 AsylbLG vorgesehenen Umfang zu gewähren, obwohl die Aufnahmerichtlinie die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, Antragstellern mit besonderen Bedürfnissen die erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe, einschließlich einer ggf. erforderlichen psychologischen Behandlung, zu gewähren und Opfern von Folter, Vergewaltigung und anderen schweren Gewalttaten einen Anspruch auf medizinische Behandlung einzuräumen (vgl. Gemeinsame Stellungnahme des Bevollmächtigten des Rates der EKD und des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes), und wie wird die Bundesregierung die unionsrechtskonforme Leistungsgewährung sicherstellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

35. Abgeordnete
Ronja Schmitt
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Sieben-Tage-Frist für die Kennzeichnung von Kälbern mit Ohrmarken, die sich aus der Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 (vorher EU-Verordnung 820/97) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 ergibt, aufgrund von administrativen Schwierigkeiten von Kleinbetrieben z. B. in der Erntezeit etwas zu verlängern, und wenn ja, gibt es hierzu schon geplante Maßnahmen der Bundesregierung?
36. Abgeordnete
Ronja Schmitt
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung in Anbetracht von saisonalen und landwirtschaftsspezifischen Problemlagen, die in Ausnahmefällen eine Nichteinhaltung der administrativen Meldepflicht von sieben Tagen – gerade für Kleinbauern – fast unmöglich machen, Ausnahmen von den finanziellen Sanktionsmaßnahmen zuzulassen, und wenn ja, welche?
37. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt der Ansicht, dass es im Sinne der zukünftigen Generation in der Verantwortung politischer Entscheidungsträger liegt, die Möglichkeiten zur Reduzierung von Emissionen wahrzunehmen, und setzt sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft für eine verbindliche Halbierung der Treibhausgasemissionen durch die Landwirtschaft bis 2050 ein?
38. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung ihrer nachgelagerten Behörden, dass Organismen, die mithilfe neuer Methoden gentechnisch verändert wurden, nicht unter die Bestimmungen der Richtlinie 2001/18/EG fallen sollten (www.bfr.bund.de/cm/343/9-sitzung-der-bfr-kommission-fuer-genetisch-veraenderte-lebens-und-futtermittel.pdf), und kann die Bundesregierung ausschließen, dass ebensolche Konstrukte derzeit ohne Kennzeichnung auf den Binnenmarkt und damit auch auf den deutschen Markt gelangen?

39. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann wird die EU-Kommission nach Kenntnis der Bundesregierung klare Regeln für den Import und für die Freisetzung von Pflanzen und Tieren, die mithilfe von neuen Gentechnik-Verfahren verändert wurden, erlassen, und welche Risiken entstehen aktuell nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Abwesenheit ebensolcher Regeln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

40. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des NATO-Mandats Sea Guardian die Unterstützung der Mission EUNAVFOR MED bei der Lagebilderstellung, Logistik und Durchsetzung des VN-Waffenembargos auch in den Territorialgewässern der Anrainerstaaten des Einsatzgebietes geplant?
41. Abgeordneter
**Dr. Alexander S.
Neu**
(DIE LINKE.)
- Über wie viele Drohnen verfügt die Bundeswehr zurzeit, und welche Beschaffungen sind geplant (bitte wie auf Bundestagsdrucksache 17/8693 nach einzelnen Typen und Gewichtsklassen darstellen)?
42. Abgeordneter
**Dr. Alexander S.
Neu**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Drohnen der Bundeswehr sind seit Beantwortung der Schriftlichen Frage 99 des Abgeordneten Paul Schäfer (Köln) auf Bundestagsdrucksache 17/13991 jeweils im Verlauf von Übungs- oder Einsatzflügen verlorengegangen und/oder schwer beschädigt worden (bitte nach Datum, Ort und Art bzw. Ursache des Zwischenfalls auflisten), und wie viele Drohnen des Bundesministeriums der Verteidigung wurden bislang für Flüge im deutschen Luftraum zugelassen (bitte aufgeschlüsselt nach Gewichtsklassen und Typen angeben)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

43. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen inhaltlichen Argumenten begründet das Bundesfamilienministerium, die im Bundeshaushalt 2016 vom Parlament beschlossene Erhöhung der Ausgaben für die Jugendverbandsarbeit auf 18 675 000 Euro nicht im Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2017 fortzuschreiben?
44. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Prozent der eingereisten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wurden im Jahr 2016 nach § 42b Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch von der Verteilung ausgeschlossen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

45. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche neuen Erkenntnisse hat nach Kenntnis der Bundesregierung der Abschlussbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) über optische Reflektoren zur Vermeidung von Wildunfällen erbracht, und weshalb wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der „vorwärtsstrahlende“ Reflektor „Wildhüter“ (siehe www.wildhueter-reflektor.de) in keiner – auch in keiner vom BMVI geförderten – Studie auf seine Wirksamkeit hin untersucht und bewertet?
46. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen für die Schienenfernverkehrsangebote hat es nach Auffassung der Bundesregierung, wenn die von Birgit Bohle, Vorsitzende des Vorstands der Deutschen Bahn Fernverkehr AG, in einem Mitarbeiterbrief vom 1. September 2016 geäußerte Befürchtung, dass „der Fernverkehr schon bald Verluste machen“ könnte, tatsächlich eintritt angesichts der Tatsache,

dass es sich bei der DB AG um eine Aktiengesellschaft und damit ein gewinnorientiertes Unternehmen handelt, und was unternimmt die Bundesregierung, um Bahnunternehmen wie der DB AG bessere Bedingungen für einen kundenfreundlichen und zugleich wirtschaftlichen Betrieb zu schaffen?

47. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Explosion eines Erdgasfahrzeugs in Niedersachsen die grundsätzliche Sicherheit von Erdgasfahrzeugen sowie die Empfehlung fünf großer Mineralölkonzerne an die Tankstellenbetreiber, den Verkauf von Erdgas vorübergehend einzustellen?

48. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen Maßnahmen stellt die Bundesregierung sicher, dass die Auswirkungen des Chip-tunings von Fahrzeugen auf das Motor- und Emissionsverhalten und damit auf die Zulassung der Fahrzeuge geprüft werden?

